

September-Landtag: Radio, Religion und Pensionskasse

Eine vollgepackte Traktandenliste mit teils sehr umfangreichen Geschäften erwartet die Abgeordneten in der heute beginnenden Session.

Die Regierungsteams der beiden Grossparteien sind bereits bekannt, Ende Monat findet die erste Nominationsveranstaltung für die Landtagskandidaten statt: Liechtenstein nähert sich in grossen Schritten den Wahlen 2025. Aber auch wenn das Ende der Legislatur 2021-2025 bereits in Sicht ist, so erwartet den Landtag in der heute beginnenden Septembersession doch ein vollgepacktes Programm. Ganze 44 Punkte stehen auf der Traktandenliste. Darunter Geschäfte, wie die Radioprivatisierungsinitiative der DpL oder die Initiative der Freien Liste zur Trennung von Kirche und Staat, bei denen eine länger währende Debatte bereits garantiert ist.

Der Landtag selbst hat dem ambitionierten Programm bereits Rechnung getragen: Um in drei Tagen durchzukommen, werden die Geschäftsberichte der AHV-IV-FAK-Anstalten, des Landesspitals, der Post, der Telecom sowie der Datenschutzstelle in gekürzter Beratung behandelt. (equ)

Radioprivatisierung: Das letzte Wort hat das Volk

Traktandum 6

Über 1700 Unterschriften konnten die DpL für ihre Initiative zur Abschaffung des Rundfunkgesetzes (LRFG) sammeln. Das erklärte Ziel dieses Volksbegehrens ist es, Radio Liechtenstein zu privatisieren und künftig dem Medienförderungsgesetz zu unterstellen. Die Regierung und der Liechtensteinische Rundfunk warnen dagegen, dass eine Annahme der Volksinitiative das Ende von Radio Liechtenstein bedeuten würde und entsprechend eher von einer «Abschaffungsinitiative» zu sprechen sei.

Prognose

Die Mehrheit der Abgeordneten wird den Standpunkt der Regierung unterstützen und die Initiative ablehnen. Damit liegt der Entscheid beim Volk: Es wird wohl noch diesen Herbst über die Radio-Initiative abstimmen.

Wird die Kirche aus der Verfassung gestrichen?

Traktandum 7

Im April hat der Landtag die Regierungsvorlage zur Neuordnung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in der ersten Lesung behandelt. Aber der Freien Liste geht die Vorlage zu wenig weit. Per parlamentarischer Initiative möchte die sie eine konsequente Trennung von Kirche und Staat erreichen: Die katholische Kirche soll ihren in der Verfassung verankerten Status als «Landeskirche» verlieren. Und die Finanzierung der Religionsgemeinschaften soll künftig über die Mandatssteuer abgewickelt werden.

Prognose

Bereits die Regierungsvorlage ging manchen Abgeordneten zu weit. Entsprechend dürfte die Initiative der Freien Liste kaum eine Chance haben. Zudem meldete die Regierung verfassungsrechtliche Bedenken an.

Gibt es mehr Geld für die Abgeordneten?

Traktandum 9

Die Bezüge für die Ausübung des Landtagsmandats sollen erhöht werden: Dieses Ziel verfolgt eine Initiative, die von den Abgeordneten Patrick Risch (FL), Thomas Rehak (DpL), Daniel Seger (FBP) und Manfred Kaufmann (VU) eingereicht wurde. Konkret würden sich für einen ordentlichen Abgeordneten ohne Sonderfunktion und ohne zusätzliche Tätigkeit in einer Kommission von derzeit 44 000 Franken auf 61 200 Franken erhöhen – ein Plus von 39 Prozent. Allerdings betonen die Initianten, dass es sich bei den im Vorstoss genannten Zahlen nur um Platzhalter handle.

Prognose

Da die Initiative von Vertretern aller vier Parteien unterstützt wird, dürfte es eine Mehrheit geben. Die Frage ist, wie hoch die Erhöhung tatsächlich ausfallen wird.

Kommt das Millionenpaket vor das Volk?

Traktandum 23

Ein fünfteiliges Massnahmenpaket sieht die Regierung vor, um die Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein (SPL) – die staatliche Pensionskasse – wieder fit für die Zukunft zu machen. Oberstes Ziel ist dabei, die Umverteilung von aktiv Versicherten an die Rentner zu stoppen. Die Kosten des Massnahmenpakets belaufen auf 70,2 Millionen Franken. Bei der ersten Behandlung des Pakets im April-Landtag war trotz stundenlanger Debatte und zahlreichen Detailfragen das Eintreten auf die Vorlage praktisch unbestritten: 23 Abgeordnete sprachen sich dafür aus.

Prognose

Das Massnahmenpaket wird auch in der zweiten Lesung eine Mehrheit finden. Aber bereits im April sorgten sich einige Abgeordnete, dass das Referendum ergriffen werden könnte.

Kommt Licht in den Regelungsdschungel?

Traktanden 37 bis 40

Die Universität Liechtenstein sowie die hiesigen Finanzmarktverbände traten 2019 mit dem Wunsch an die Regierung heran, das Finanzmarktrecht neu zu konzipieren. Denn die derzeit geltende Gesetzeslage sei im Laufe der Zeit immer unübersichtlicher geworden. Die Regierung hat sich dieses Wunsches angenommen und präsentiert dem Landtag nun eine Monstervorlage bestehend aus vier Berichten und Anträgen. Gemäss der Regierung ist das Vorhaben vor allem eine Aufräumaktion: Im Wesentlichen gehe es darum, eine übersichtlichere Gesetzesarchitektur zu schaffen.

Prognose

Die Vorlage ist zwar umfassend, aber die inhaltlichen Änderungen halten sich in Grenzen. Grosse Kontroversen sind nicht zu erwarten.
